

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen,  
Drs. 18/1514: „Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber  
Auskunfteien verbessern“**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es wird folgende Ziffer 2. angefügt:

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich einer Novellierung dafür einzusetzen, dass das Wohnumfeld nicht mehr für die Berechnung des Scoring-Wertes herangezogen werden darf, da es sich dabei um ein diskriminierendes Verfahren handelt, das soziale Entmischung befördert.

Der bisherige Beschlusstext wird Ziffer 1.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE